Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe September 2021 | Jahrgang 12

Und hier geht's zu unserem Zukunftsprogramm

Bundestagswahl 2021

Toi, toi, toi für den Endspurt!

In dieser Ausgabe

Seite 2: Toi, toi, toi für den Endspurt!
Seite 3: Betroffenen zuhören und tabulos über sexuelle Gewalt sprechen
Seite 4: Wahlaufruf Matthias Katsch
Seite 5: Auf zur neuen Pflege
Seite 6: AG 60plus: Wie bleibt Pflege bezahlbar? Rote Kirschen zu fairen Preisen
Seite 7: Kreisvorstand neu gewählt
Seite 8: „Zweite Säule“
Seite 9: Ländlicher Raum im Fokus
Seite 10: Die Roten Socken im Wahlkampf-Einsatz
Seite 11: ASF-Vorstand neu gewählt
Seite 12: Jahresempfang der AG 60plus
Seite 13: Landeskonferenz der AG 60plus
Seite 14: Aus den Ortsvereinen
Seite 15: 200.000 € vom Bund für den Obertorturm in Gengenbach
Seite 16: Satire: Deutscher Wahlausweis gefordert
Impressum, Bildnachweise

Betroffenen zuhören und tabulos über sexuelle Gewalt reden

Im Beisein der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken stellt Matthias Katsch einen bundesweiten Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und sexueller Gewalt

Dem Missbrauch von Kindern Einhalt gebieten, Tätern ihre Verbrechen erschweren, Opfer von sexueller Gewalt besser versorgen und durch Präventionsarbeit die Fallzahlen deutlich reduzieren: Das sind die Kernpunkte eines Plans zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von und der Gewalt an Kindern und Jugendlichen, den SPD-Bundestagskandidat Matthias Katsch am Donnerstag vorgestellt hat. Mit Saskia Esken, der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), diskutierte er über konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Die SPD-Politiker waren sich darin einig, dass man Kinder und Jugendliche gerade während der Pandemie nicht aus dem Blick verlieren dürfe.

„Die SPD hat mit der Ausweitung der Ganztagsbetreuung von Grundschülern gerade eine wichtige Maßnahme auf den Weg gebracht“, stellte Esken fest. Mit der Kindergrundsicherung stehe zudem eine weitere wichtige Forderung im Zukunftsprogramm der SPD. Für gesellschaftlichen Fortschritt brauche man jedoch progressive Kräfte in Bund und Ländern, mahnte die Parteivorsitzende. „Ich will nur daran erinnern, dass wir im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Das ist am Ende an den Fraktionen von CDU und CSU gescheitert“, sagte sie.

Matthias Katsch mit Saskia Esken

„Wir müssen Betroffenen mehr zuhören, und wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen mitten in unserer Gesellschaft. Das Thema darf nicht tabu sein und niemand darf stigmatisiert werden, der darüber spricht“, forderte Katsch bei der Vorstellung seines Plans. „Dafür möchte ich nach dem 26. September streiten, weil ich glaube, dass es möglich ist, dafür zu sorgen, dass es aufhört“, sagte Katsch. Esken dankte ihm für sein Engagement und seine Expertise. Politik fange mit dem Betrachten der Wirklichkeit an und wegschauen sei gerade bei diesem Thema nicht erlaubt.

„Sexuelle Gewalt ist nicht nur ein persönliches Schicksal, sondern ein gesellschaftlicher Skandal. Sie darf nicht länger ein Tabu sein, denn rund zehn Prozent unserer Kinder und Jugendlichen erleben sexuelle Gewalt. Die Überwindung dieser Bedrohung muss für uns ein gesellschaftspolitisches Ziel ersten Ranges werden. Deshalb brauchen wir einen bundesweiten Aktionsplan zur Überwindung solcher Gewalt“, erläuterte Matthias Katsch, der in Offenburg für den Bundestag kandidiert, sein Vorhaben. „Ich möchte die Partei dafür gewinnen, mich nach der Bundestagswahl bei der Umsetzung dieses bundesweiten Plans zu unterstützen“, sagte der Vorsitzende der Betroffeneninitiative Eckiger Tisch. Deshalb freue er sich, dass ihm die Vorsitzende der SPD bei der Präsentation zur Seite stehe.

Mit dem bundesweiten Aktionsplan will Katsch in sieben Punkten die 2015 von allen Mitgliedstaaten beschlossene „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen umsetzen. Dort ist als Zielvorgabe benannt, den Missbrauch und die Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder zu beenden (SDG 16.2). Dies werde auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als eines der Schlüsselziele beschrieben, sagte Katsch. Konkret sei bislang aber viel zu wenig geschehen.

Er schlägt eine regelmäßig durchzuführende Dunkelfeldstudie vor, um belastbare Zahlen zu ermitteln, und eine umfassende Aufklärung von Missbrauchsgeschehen in Institutionen, Organisationen und Vereinen. Dies sei notwendig, um die Ursachen zu verstehen und die Präventionsmaßnahmen zu verbessern. Betroffene sollten besser beraten und entschädigt werden. Zudem brauche es flächendeckend Fachberatungsstellen, die auf einer verlässlichen finanziellen Basis arbeiten können. „Kindeswohl darf nicht vom Geldbeutel der jeweiligen Kommune abhängigen“, forderte Katsch. Er rief Einrichtungen, Träger und staatliche Ämter dazu auf, Verantwortung für Versäumnisse der Vergangenheit zu übernehmen.

Zur Prävention sollten Fachkräfte in allen relevanten Ausbildungsgängen verbindlich zu sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen geschult werden. Analog zum Amt des unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs auf Bundesebene, das sich um Kinderschutz ebenso wie um die erwachsen gewordenen Opfer kümmert, forderte Katsch außerdem die Einrichtung entsprechender Ämter auf Ebene der Bundesländer. In allen Institutionen, in denen Kinder aufwachsen, betreut, erzogen werden oder Sport treiben, brauche es Schutzkonzepte und Kinderschutzbeauftragte. „Vorbild dafür können die Gleichstellungsbeauftragten sein, die es heute bereits in vielen größeren Einrichtungen und Unternehmen gibt“, sagte Katsch.

Und schließlich müsse man das Thema Kindesmissbrauch in der Gesellschaft von seinem Tabu befreien: „Jede und jeder einzelne, wir alle, müssen lernen, mehr und unaufgeregter über sexuelle Gewalt zu reden“, so Katsch. Betroffene, die ihre Expertise einbringen, könnten dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Selbsthilfe und Selbstorganisation von Betroffenen müsse gefördert und unterstützt werden. „Es ist wichtig, dass wir uns nach der Wahl intensiver mit diesem Thema beschäftigen“, sagte Saskia Esken, „und ich bin froh, dass Matthias Katsch mir als Parteivorsitzender, der SPD und der Öffentlichkeit diesen Aktionsplan vorlegt.“

Saskia Esken (Jg. 1961) ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2019 zusammen mit Norbert Walter-Borjans Bundesvorsitzende der SPD.

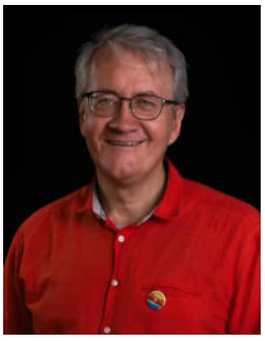
Matthias Katsch (Jg. 1963) ist Sprecher des Eckigen Tisches und Bundestagskandidat der SPD für den Wahlkreis 284 Offenburg.

Der Eckige Tisch e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der die Interessen von Betroffenen sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen speziell im Kontext der Katholischen Kirche vertritt. Er berät und unterstützt Betroffene: www.eckiger-tisch.de

Auszug aus dem Zukunftsprogramm der SPD (S. 41): Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sicher aufwachsen. Wir werden daher Strafrecht und Prävention besser verbinden, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen. Wir brauchen Schutzkonzepte unter anderem mit Kinderschutzbeauftragten für Kitas, Schulen, Jugendhilfe-Einrichtungen und Vereine und werden das durch vom Bund geförderte Pilotprojekte unterstützen. Darüber hinaus werden wir unabhängige Ombudsstellen einrichten.

Wir werden Präventionsketten und Netzwerke für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen schaffen, in denen Jugendhilfe und Gesundheitsdienst, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, öffentliche und freie Träger, Sportvereine und Verbände, Polizei und Familiengerichte auf kommunaler Ebene verbindlich zusammenwirken.

Liebe Genossinnen und Genossen,



Matthias Katsch, Bundestagskandidat und Kreisvorsitzender

wenige Tage vor der Wahl ist alles möglich: Die SPD kann im Bund stärkste Partei, Olaf Scholz Bundeskanzler werden, und Sozialdemokraten können den Bundestagspräsidenten oder die -präsidentin stellen. In der Ortenau können wir Wolfgang Schäuble endlich in den wohlverdienten Ruhestand schicken. Es gibt die Chance, zur bestimmenden politischen Kraft in der Region zu werden. Und ich bin optimistischer denn je, dass ich euch als Abgeordneter in Berlin vertreten kann.

Daran haben viele Anteil, die seit Anfang des Jahres gearbeitet und gekämpft haben, hier vor Ort und bundesweit. Doch noch ist nichts entschieden und wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir bis zum Wahltag durchhalten und für die SPD werben.

Ganz persönlich bitte ich euch: Unterstützt unsere Postings in den Sozialen Medien, kommt zu den Ständen, helft beim Verteilen von Flyern, sprecht mit Nachbarn und ruft dazu auf, für uns zu stimmen. Sagt den noch unentschlossenen Menschen, dass es die Chance für einen Neuanfang auch hier in der Ortenau gibt, mit einem Kandidaten, der für Mut, Wahrhaftigkeit und Transparenz steht. Ich setze mich für eine Politik der Gerechtigkeit und für den Schutz von Kindern und Jugendlichen ein.

Erinnert die Wählerinnen und Wähler daran, dass sie zwei Stimmen haben. Ihre Erststimme entscheidet darüber, wer die Menschen in der Region als direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag vertritt.

Gerade Menschen, die vielleicht zu einer anderen Partei tendieren, könnt ihr ermuntern, mit ihrer Erststimme für mich zu stimmen.

Darum möchte ich euch bitten.
Ich brauche noch einmal eure Unterstützung!

Vielen Dank im Voraus!

Euer Matthias Katsch

Auf zur neuen Pflege

Interview mit Tanja Jansen aus Viersen

Über die Erkenntnisse aus der bisherigen Corona-Krise und die Situation in der Pflege spricht Martine De Coeyer mit Tanja Jansen aus Viersen. Martine De Coeyer wurde auf Frau Jansen durch ihre bemerkenswerten Beiträge in Facebook aufmerksam und nahm mit ihr Kontakt auf. Tanja Jansen ist eine ausgewiesene Expertin im Gesundheitswesen. Zusammen mit der SPD kämpft sie für nachhaltigere Reformen im Pflegebereich.

Tanja Jansen

Was ist heute hinsichtlich Anerkennung oder Unterstützung anders, im Vergleich zu damals, zu deinen beruflichen Anfängen?

Tanja Jansen: Meine Ausbildung zur Krankenschwester habe ich 1992 begonnen. Da war der Beruf noch sehr begehrt. Es war echt schwierig, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen, weil es viel mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze gab. Die Personaldecke war umfangreich und breit gefächert. Uns wurde echte Bewunderung und Wertschätzung entgegengebracht. Heute gibt es zwar noch respektvolle Gesten, aber vor allem gibt es einen mitleidigen Blick. Das finde ich schade, weil es einfach ein großartiger Beruf ist. Man hat mit Menschen zu tun, kann helfen, lernt viel, jeder Tag ist anders und bringt neue Erkenntnisse.

Worauf führst du die Veränderungen zurück?
Tanja Jansen: Im Gesundheits- und Pflegebereich gab es jede Menge Reformen. Nicht alle waren unsinnig, aber manches geht an der Realität vorbei. Wenn ich vor lauter Dokumentation nicht mehr dazu komme, mich ans Bett des Patienten zu stellen und Zeit mit ihm zu verbringen, ihn zu beobachten, dann kann das nicht im Sinne des Berufs sein. Krankenhäuser dürfen nicht nur zur Erwirtschaftung von Gewinnen da sein. Patienten sind keine Fallzahlen, ihre Genesung keine Verweildauer – das darf man nicht vergessen. Die Realität sieht heute leider oft anders aus.

Siehst du einen Trend hin zur Besserung, zum Beispiel bei der Ausbildung, bei den Arbeitszeiten, bei der Bezahlung?
Tanja Jansen: Für ein gutes und verlässliches Gesundheitssystem ist hervorragend ausgebildetes und geschultes Personal das A und O. Und das Personal müssen wir dann auch halten können. Da sehe ich noch extrem große Defizite. Durch die Pandemie hat die Debatte jetzt neuen Schwung bekommen. Leider habe ich keine große Hoffnung, dass es die notwendige Kursänderung unter Gesundheitsminister Spahn gibt. Auch hier werden die Karten mit der Bundestagswahl aber neu gemischt.

Inwieweit steht heute der Patient überhaupt noch im Fokus? Ist er nur ein Fall, der möglichst wenig kosten und viel einbringen soll?
Tanja Jansen: Für die Pflegekraft ist ein Patient immer ein Mensch - und keine Zahl oder Krankheit. Klar ist aber, dass das Fallpauschalensystem abgelöst werden muss. Das Modell hat noch nie in die Zeit gepasst. Deshalb brauchen wir eine Bundesratsinitiative zur Reform des Fallpauschalensystems, um Fehlanreize der fallbezogenen Finanzierung zu beseitigen. Vor allem die Kinder- und Jugendmedizin ist von der unzureichenden Finanzierung betroffen und muss endlich auskömmlich finanziert werden. Sparen ist natürlich nicht grundsätzlich schädlich. Im Vordergrund muss aber das Wohl der Patienten und die gute Arbeit der Pflegekräfte stehen.

Was sollte die SPD erreichen, für Krankenschwestern, Pflegekräfte, überhaupt in unserem Gesundheitswesen?
Tanja Jansen: Wir wissen, dass das Klatschen auf dem Balkon während einer Pandemie nicht ausreicht. Jetzt muss aus der Solidaritätsbekundung auch echte Wertschätzung und Anerkennung werden. Mit einer Offensive für mehr Respekt und gute Arbeit für alle Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich wollen wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dafür brauchen wir vielschichte Maßnahmen: Eine bessere Bezahlung, eine am tatsächlichen Pflegebedarf orientierte Personalbemessung und beispielsweise eine 35-Stunden-Woche in den Pflegebranchen. Außerdem wollen wir den Beruf entbürokratisieren. Wir müssen die Erfahrungen der Pandemie auswerten und für unser Morgen mitnehmen. Dazu gehört auch, dass wir den Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft verhindern. Und natürlich muss die Bürgerversicherung her. All das und noch ganz viel mehr gibt's halt nur mit der SPD.

Zur Person
„Ich kämpfe mit der SPD für die Pflege"

Tanja Jansen, 48, zwei Söhne, machte 1995 ihr Examen zur Krankenschwester. Bis 2018 war sie als leitende OP-Schwester tätig. 2018 folgte die hauptamtliche Tätigkeit für die NRW-SPD. 2019 übernahm sie die Geschäftsführung des Unterbezirks Kreis Kleve. Im vergangenen Jahr wurde Tanja Jansen Kreistagsmitglied und Sprecherin des Gesundheitsausschusses des Kreises Viersen. Ihre Spezialgebiete sind: Gesundheits- und Inklusionspolitik. https://www.facebook.com/tanja.jansen.spd

AG 60plus: Wie bleibt Pflege bezahlbar?

Bei der Arbeitsgemeinschaft 60plus des SPD-Kreisverbandes Ortenau stand eine Nachwahl an: Dorothea Hertenstein aus Lahr wurde bei der Hauptversammlung der AG im August in Ortenberg zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Vorsitzender Christoph Unterhaslberger aus Renchen dankte Gabriele Zorn für ihre Arbeit während der Interimszeit. Gast war Matthias Katsch, Kreisverbandsvorsitzender und Bundestagskandidat der SPD.

Im Mittelpunkt der Versammlung stand eine Präsentation zum Thema Pflege. Unter dem Titel „Was muss sich ändern, damit Pflege bezahlbar bleibt?“ informierten Vorstandreferentin Louise Enz vom Paul-Gerhardt-Werk, Pflegedienstleiterin Martina Bürkle und Fachbereichsleiterin Jacqueline Zange von der Diakonie Mittelbaden Offenburg die rund 20 Teilnehmer über aktuelle Kosten und Bezuschussungsmöglichkeiten in der teilstationären und häuslichen Pflege. Die Präsentation führte zu zahlreichen Nachfragen und einer lebhaften Diskussion, in der sich als Ergebnis abzeichnete, dass die Kosten für Pflegende über das derzeitige System dauerhaft kaum gedeckt werden können. „Da wir alle immer älter werden, wird Pflege in Zukunft immer mehr Geld kosten. Das derzeitige Gesundheits- und Pflegesystem muss daher nach der Wahl grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden, damit bei gerechten Löhnen die Kosten solidarisch verteilt werden und Pflege für alle bezahlbar bleibt“, sagte Katsch.

Die Referentinnen Jacqueline Zange, Martina Bürkel, Louise Enz und Matthias Katsch (v. l).

Rote Kirschen zu fairen Preisen

Zwischen Kirschbäumen trafen sich Obstbauern der Region mit Matthias Katsch zum politischen Meinungsaustausch. Am Rande seines Feldes in Renchen-Erlach bei seinem „Kirschwägele“ begrüßte Christoph Unterhaslberger den SPD-Bundestagkandidaten. Sein Sohn und Nachfolger Tobias, der sich zurzeit mit der Imkerei ein Zusatzgeschäft aufbaut, meinte: „Bei kleinen Flächen lohnt sich nur der Direktverkauf“.

Zusammen mit den Renchener Gemeinderäten Egon Busam und Heinz Schäfer berichteten die beiden dem Bundespolitiker von der Lage der Obstbauern in der Ortenau. Mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung kennt sich Schäfer mit den Schwierigkeiten gerade der kleinen Familienbetriebe aus. Busam, der auch Kreisvorsitzender des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV) ist, wies auf die Probleme mit dem Mindestlohn für Saisonarbeiter hin: "Wir konkurrieren hier in Baden mit Obst aus Südeuropa, etwa aus der Türkei." Bundestagskandidat Katsch hielt dies für nicht gerecht, weil die tatsächlichen Transportkosten in den Endpreisen der Waren nicht enthalten seien.

(v. l): Matthias Katsch, Heinz Schäfer, Egon Busam, Tobias Unterhaslberger und Christoph Unterhaslberger.

Obst über tausende Kilometer quer durch den Kontinent zu fahren und dabei noch die Preise der regionalen Anbieter zu unterbieten gehe nur, weil die ökologischen und sozialen Kosten nicht enthalten seien. „Das kann nicht so bleiben“, sagte Katsch. „Wer sich bei uns an hohe Standards beim Anbau und bei den Löhnen hält, darf nicht verdrängt werden von Anbietern, die von den schlechten Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter sowie der Fahrer in der Transportbranche profitieren.“

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können heimische Anbieter unterstützen, indem sie regionale Produkte bevorzugen. Es brauche EU-weite Regelungen, die der Ausbeutung von Menschen in den landwirtschaftlichen Regionen Riegel vorschieben. „Wer bei uns arbeitet, soll auch nach unseren Standards bezahlt werden“, forderte Katsch. Dafür werde er sich in Berlin einsetzen.

Kreisvorstand neu gewählt

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Ortenau am 3. Juli in Gengenbach wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Matthias Katsch wurde Kreisvorsitzender, seine Stellvertreter*innen sind Martine De Coeyer, Erdi Ayhan und Sascha Dühmke.

(Vordere Reihe v. l.): Frank Meier, Saskia Ganter, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Marion Selent, Matthias Katsch, Martine De Coeyer, Erdi Ayhan und Ute Seiler. (Hintere Reihe v. l.): Richard Groß, Sascha Dühmke, Tunahan Yildirim, Dr. Johannes Fechner, Helga Pfahler und Helmut Lind.

Kreisvorsitzender: Matthias Katsch (OV Offenburg)
Stellvertretender Kreisvorsitzender: Erdi Ayhan (OV Renchen)
Stellvertretende Kreisvorsitzende: Martine De Coeyer (OV Gengenbach)
Stellvertretender Kreisvorsitzender: Sascha Dühmke (OV Lahr)
Schatzmeisterin: Ute Seiler (OV Berghaupten)
Schriftführer: Tunahan Yildirim (OV Lahr)
Pressereferentin: Saskia Ganter (OV Oberkirch)
Beisitzer: Andrea Ahlemeyer-Stubbe (OV Gengenbach), Eric Bauer (OV Kehl), Richard Groß (OV Offenburg), Helmut Lind (OV Rheinau), Frank Meier (OV Oberkirch), Helga Pfahler (OV Hohberg), Georg Wegmann (OV Rust) und Marion Selent (OV Offenburg)
Kassenrevisoren: Gerhard Wöhrle (OV Gutach) und Tobias Dehring (OV Ettenheim)
Schiedskommission: Rolf Sigg (Vorsitzender, OV Kehl), Michael Heitz (Stellv. Vorsitzender, OV Schwanau), Reiner Zind (Stellv. Vorsitzender, OV Zell-Weierbach), Uta Heidt (OV Rheinau), Roland Schunke (OV Kappelrodeck) Christoph Schmidt, Günter Schulz (OV Offenburg), Dr. Wolfgang Müller (OV Lahr)

Landesdelegierte für den Landesparteitag: Matthias Katsch (OV Offenburg), Saskia Ganter (OV Oberkirch), Karl-Rainer Kopf (OV Schwanau), Helga Pfahler (OV Hohberg), Erdi Ayhan (OV Renchen). Martine De Coeyer (OV Gengenbach), Petra Mayer-Kletzin (OV Hohberg), Andrea Ahlemeyer-Stubbe (OV Gengenbach), Ronja Lind (OV Rheinau) und Helmut Lind (OV Rheinau).

Landesdelegierte für den "kleinen" Landesparteitag: Matthias Katsch (OV Offenburg), Karl-Rainer Kopf (OV Schwanau), Martine De Coeyer (OV Gengenbach), Helga Pfahler (OV Hohberg), Saskia Ganter (OV Oberkirch) und Tunahan Yildirim (OV Lahr)

„Zweite Säule“

Kreistag stimmt mit großer Mehrheit interfraktionellem Antrag von SPD und CDU zu.

Von Dr. Kai-Achim Klare

In der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause stimmte der Kreistag mit großer Mehrheit dem von CDU und SPD formulierten Antrag zur Schaffung einer „Zweiten Säule“ im Gesundheitswesen zu. In dieser neuen „Zweiten Säule“ sollen zahlreiche ambulante Gesundheitsleistungen in sogenannten „Zentren für Gesundheit“ (ZfG) gebündelt und die Versorgung in der Fläche des Kreises maßgeblich verbessert werden. Außerdem soll die bisher starre Schranke zwischen ambulanter und stationärer Versorgung durchbrochen werden.

Dies bietet insbesondere für die Standorte eine neue Perspektive, die kein vollstationäres Angebot mehr vorhalten sollen. Die SPD-Fraktion hatte sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die gesundheitlichen Leistungen an diesen Standorten gebündelt und durch neue Angebote ergänzt werden sollen, etwa durch eine Ausweitung von Facharztangeboten, Reha- und Altenpflegeeinrichtungen und der Einführung von Patientenlotsen.

Dr. Kai-Achim Klare, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und Bürgermeister von Rust

Um dieses Ziel zu erreichen, war von Beginn an vorgesehen, auch die „Zweite Säule“ politisch zu steuern und zu begleiten. Die Kreisverwaltung wies darauf hin, dass das Ortenau-Klinikum zu den letzten Einrichtungen in Baden-Württemberg gehört, die als Eigenbetrieb geführt werden.

Der Vorschlag, eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) als neue Rechtsform zu wählen, ist in vielerlei Hinsicht sinnvoll, insbesondere, wenn es um Fragen der inneren Organisation oder um schnelle Entscheidungsfindung bei Stellenausschreibungen geht: Hier waren die bisherigen Prozesse für die Bewerberinnen und Bewerber kompliziert und in vielen Fällen keine öffentliche Behandlung vorgesehen.

Der SPD-Fraktion war es allerdings wichtig, festzuschreiben, dass wichtige Fragen rund um die Gesundheitsversorgung öffentlich beraten werden und dass keinesfalls einer Privatisierung Vorschub geleistet wird. Hier besteht im Kreistag ein klares Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft. Im neuen System sollen zentrale Entscheidungen aus dem bisherigen Gesundheitsausschuss in den Kreistag verlegt werden. Der Gesundheitsausschuss wird aufgelöst.

Im neuen Verwaltungsrat der AöR werden auch Vertreterinnen und Vertreter des Personalrates sitzen, was sehr begrüßt wird. Ein gemeinsamer Antrag der SPD mit den Grünen, auch die Gewerkschaften mit einem Sitz auszustatten, wurde leider mehrheitlich abgelehnt.

Unter diesen Voraussetzungen stimmte die Fraktion letztlich mehrheitlich für die Umwandlung, zumal sichergestellt wurde, dass in den beiden Steuerungsgremien, dem Verwaltungsrat der AöR und dem Aufsichtsrat der Gesundheitszentren, jeweils die gleiche Anzahl an Fraktionsvertretern einen Sitz bekommen. Durch diese Regelung wird sichergestellt, dass eine Vernetzung zwischen den Gremien erhalten bleibt.

In den nächsten Monaten wird es entscheidend sein, den Aufbau der „Zweiten Säule“ eng zu begleiten und die Umwandlung der ehemaligen Klinikstandorte nach dem vorgelegten Konzept zu organisieren. Wenn dies gelingt, kann für die Menschen vor Ort tatsächlich ein breiteres Angebot als bisher geschaffen werden, ohne dass darunter die Notfallversorgung leidet. Bestenfalls können mit Neuerungen passgenaue Angebote geschaffen werden, die im engen Zusammenspiel mit den vollstationären Kliniken arbeiten.

Für den Aufbau der „Zweiten Säule“ hat der Kreistag im Klinik-Finanzierungskonzept - ebenfalls auf Antrag von SPD und CDU - bereits 100 Mio. Euro vorgesehen. Weitere Infos unter https://agenda2030-ortenau-klinikum.de/

Ländlicher Raum im Fokus

Interview mit Richard Weith, Bürgermeister von Oberharmersbach

Richard Weith

Die SPD will den ländlichen Raum stärken. Richard Weith kennt als Bürgermeister von Oberharmersbach und als SPD-Kreistagsmitglied die Belange des ländlichen Raums bestens.
Martine De Coeyer hat ihn zum ländlichen Raum und zu seiner Arbeit in parteipolitisch fremder Umgebung befragt.

Wie präsent ist die SPD in deiner Gemeinde?
Richard Weith: Die SPD spielt in Oberharmersbach eine sehr untergeordnete Rolle. Dies spiegelt sich in den jeweiligen Wahlergebnissen wider. Einen eigenen Ortsverein gibt es hier leider nicht. Die parteipolitische Präsenz der SPD ist dem entsprechend „optimierbar“. Immer wieder werde ich gefragt, wie ich als „SPD-Mitglied“ Bürgermeister in einer Gemeinde werden konnte, die schon immer traditionell sehr stark dem bürgerlich-konservativen Lager zuzuordnen war. Zum einen ist eine Bürgermeisterwahl meist - insbesondere aber in einer Gemeinde in der Größenklasse von Oberharmersbach - primär eine Persönlichkeits- und keine Parteiwahl. Zum anderen habe ich von vornherein und schon vor der Wahl klar und deutlich kommuniziert, dass für mich die ergebnisorientierte Sacharbeit im Vordergrund steht. Parteipolitische Debatten oder gar Auseinandersetzungen dürfen diese nicht beeinträchtigen.

Wie waren deine ersten 100 Tage, wie ist die Situation heute?
Richard Weith: In den ersten 100 Tagen war Vieles neu. Man möchte am liebsten sofort seine eigenen Vorstellungen einbringen und Projekte in Gang setzen. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass zunächst einiges aus Vorjahren aufgearbeitet werden musste. Insbesondere das Thema „Brückensanierung“ war sowohl in zeitlicher, als auch in finanzieller Hinsicht eine Aufgabe, die man sich nicht zu Beginn seiner Amtszeit wünscht, aber die man wegen der Verkehrssicherungspflicht zwingend erledigen muss.

Was war besonders positiv?
Richard Weith: Ich freue mich, dass ich die beiden Großprojekte „Neubau Feuerwehrhaus“ und „Generalsanierung Rathaus“ gleich Anfang 2018 in die operative Umsetzung bringen durfte. Diese Weichenstellung war wichtig, um sich auch persönlich mit diesen Vorhaben mit einem Finanzierungsvolumen von rund fünf bis sechs Millionen Euro identifizieren zu können. Beide Projekte haben wir zwischenzeitlich erfolgreich abgeschlossen und damit große Vermögenswerte mit einem Mehrwert für die nächsten Generationen geschaffen.

Wie wichtig sind die sozialen Medien für deine Arbeit?
Richard Weith: Unbestritten nimmt die Bedeutung der „Sozialen Medien“ auf allen politischen Ebenen zu. Ich nutze diese im Wesentlichen, um flankierend zu den klassischen Printmedien (Amtsblatt, Tageszeitung) wichtige Mitteilungen der Gemeindeverwaltung beziehungsweise Informationen über die Gemeinde zeitnah zu veröffentlichen. Mit einer gewissen Ernüchterung muss ich allerdings feststellen, dass Themen, die einer ernst zu nehmenden sachlichen Auseinandersetzung bedürfen, über die „Sozialen Medien“ nicht zu debattieren sind.

Warum?
Richard Weith: Dies ist bei diesen „schnellen Medien“ einerseits sicherlich systemimmanent, hängt gleichwohl aber auch damit zusammen, dass viele Nutzer von Facebook und Instagram zunehmend versuchen, mit polarisierenden, oft auf Halbwissen beruhenden und teilweise sogar beleidigenden Äußerungen ihrem Unmut Luft zu verschaffen. Insofern sind die „Sozialen Medien“ Fluch und Segen zugleich.

Welche Themen brennen dir derzeit auf der Seele?
Richard Weith: Diese Themen spiegeln sich häufig in den alltäglichen Fragen wider, die man sich als Gemeindeoberhaupt selbst stellt und die man aus der Bevölkerung gestellt bekommt. Viel Geld wird derzeit zum Beispiel in die Erstellung von alternativen Mobilitätskonzepten und den Lärmschutz investiert. Sicherlich dem Grunde nach wichtig und notwendig. Schwerpunktmäßig legt man dabei den Fokus aber oft auf urbane Gebiete. Das Verhältnis des Umfangs der zu unterhaltenden Infrastruktur (Straßennetz, Wasserversorgung, Kanalisation) und der Einwohnerzahl ist aber in ländlichen Kommunen meist sehr viel schlechter, als in einer Stadt. Dies findet bei der Verteilung der Finanzierungsmittel immer noch zu wenig Berücksichtigung.

Inwiefern?
Richard Weith: Dabei wird der Tatsache zu wenig Bedeutung beigemessen, dass man im ländlichen Bereich nach wie vor noch lange darauf angewiesen sein wird, einen PKW zu nutzen. In Oberharmersbach haben wir rund 70 km an Wegen und Straßen zu unterhalten, einzelne Anwesen liegen mehrere Kilometer von der nächsten Hauptverkehrsstraße entfernt. Mit der aktuellen Finanzierungsstruktur wird eine dauerhafte Erhaltung der Infrastruktur nicht zu leisten sein.

Denkst du dabei an Klimawandel und Wohnungsbau?
Richard Weith: Aus Gründen des Klimaschutzes werden die Regelungen zur Bauleitplanung, zum Baurecht und besonders zum Hochwasserschutz zunehmend restriktiver gefasst. Wenn aber aus topographischen Gründen Flächen für Wohnbau und Gewerbe ohnehin äußerst knapp sind, fehlen der Gemeinde die Entwicklungsmöglichkeiten, die auch einen Mittelrückfluss über Grundstückserlöse und Steuereinnahmen usw. sicherstellen könnten. Gerade als Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde nimmt man manchmal schon wahr, dass sich die Landes- und Bundespolitik zeitweise schwer tut, den „Ländlichen Raum“ bei der Verteilung von Finanzmitteln und der Ausgestaltung von Förderprogrammen auskömmlich zu berücksichtigen. Paradebeispiel ist die Breitbandversorgung, um die sich in einer Stadt niemand mehr Gedanken machen muss, die aber in den Tallagen des Schwarzwaldes beispielsweise für Gewerbebetriebe zur Existenzfrage werden kann.

Was würdest du ändern?
Richard Weith: Ich werde deshalb nicht müde, auf diese und andere Missstände und Verzerrungen an diversen Stellen hinzuweisen. Leider sind das Themen, die von Politikern aus Land und Bund nicht gerne aufgegriffen werden, da sie „trocken“ erscheinen und umsetzbare Lösungen schwer zu finden sind. Aber Lösungen tun Not, denn sie wirken sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Bevölkerung aus.

Wie politisch interessiert sind die bis 30jährigen?
Richard Weith: Diese Frage ließe sich letztlich wahrscheinlich nur durch eine empirische Erhebung annähernd realistisch beantworten. Ich meine aber, dass gerade diese Generation, die selbst und besonders deren Nachkommen, von den Auswirkungen des Klimawandels direkt betroffen sein wird und die sich auch Gedanken über ihre Altersversorgung macht, politisch interessiert sind. Die Politik muss es allerdings schaffen, genau diese Themen, die die Generation U30 bewegt, ernsthaft zu diskutieren und für die diesbezüglichen Fragen veritable Antworten zu finden. Die SPD hat hier die große Chance, ihr Profil mehr als bisher zu schärfen.

Meinungsaustausch in Oberharmersbach
v. l: Richard Weith und Matthias Katsch

Die Roten Socken im Wahlkampf-Einsatz

"Die Roten Socken" der SPD Ortenau waren an zwei Samstagen beim Info-Stand der SPD Offenburg zu Gast. Mit dabei war auch die Bundestagsabgeordnete a. D. und ehemalige Kreisvorsitzende Elvira Drobinski-Weiß. Die Lieder der Arbeiter- und Freiheitsbewegung fanden bei den Marktbesuchern viel Zustimmung und Applaus. Ein Passant meinte: "Ich finde es gut, dass bei der SPD gesungen wird!". Die "Roten Socken" verteilten die Liedtexte, so dass einige Besucher kräftig mitsangen. Die Überraschung war jedenfalls gelungen!

„Aufstehen gegen Rassismus“ organisierte Protest

Die AfD hatte zu einer Wahlkampf-Veranstaltung in Kehl eingeladen. Mitglieder des SPD-Kreisvorstands Ortenau, Sänger*innen der "Roten Socken" und Jusos trafen sich am 14. September mit dem SPD-Bundestagskandidaten Matthias Katsch und der AgR vor der Kehler Stadthalle, um unter dem Motto "Stoppt die Brandstifter" klare Kante gegen Rechts zu zeigen.
Dabei waren auch die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley (MdEP), und die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (MdEP).
Vielen Dank für eure Unterstützung!

ASF-Vorstand neu gewählt

Auf der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im Kreisverband Ortenau am 3. Juli in Gengenbach wurde ein neuer Kreisvorstand gewählt. Andrea Ahlemeyer-Stubbe wurde Kreisvorsitzende, ihre Stellvertreterin ist Saskia Ganter.

Foto v. l.: Heike Harter, Monika Weismann, Helga Pfahler, Martine De Coeyer, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Saskia Ganter, Ronja Lind und Dorothea Hertenstein.

Nach dem Tod von Renate Merten und Kirsten Braun taten sich die Frauen der Arbeitsgemeinschaft schwer. Dann aber war der Wille da, die Arbeitsgemeinschaft neu aufzustellen. Dorothea Hertenstein und Helga Pfahler hatten in der Interimszeit das Fähnlein der ASF hochgehalten und an den Veranstaltungen für Frauen z. B. am Internationalen Frauentag und beim Fahnentag gegen Gewalt teilgenommen. Der Kontakt zum Frauen-Netzwerk Offenburg konnte von Helga Pfahler gehalten werden. Dorothea Hertenstein nahm an den Landesdelegiertenkonferenzen der Landes-ASF teil. Helga Pfahler und Dorothea Hertenstein hatten nun auch den Neuanfang auf den Weg gebracht. Dank Andrea Ahlemeyer-Stubbe, die mit ihrer zupackenden Art dann zu den Online-Konferenzen eingeladen hatte, konnte nun die ASF wieder belebt werden.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im SPD-Kreisverband Ortenau:

Vorsitzende: Andrea Ahlemeyer-Stubbe (OV Gengenbach)
Stellvertretende Vorsitzende: Saskia Ganter (OV Oberkirch)
Schriftführerin: Helga Pfahler (OV Hohberg)
Beisitzerinnen: Dorothea Hertenstein (OV Lahr), Heike Harter (OV Offenburg), Martine De Coeyer (OV Gengenbach) und Monika Weismann (OV Lahr)

Die Landesdelegierten der ASF Ortenau: Andrea Ahlemeyer-Stubbe (OV Gengenbach), Dorothea Hertenstein (OV Lahr), Ronja Lind (OV Rheinau) und Saskia Ganter (OV Oberkirch).

Jahresempfang der AG 60plus

Auch im Jahr 2021 fand der traditionelle Jahresempfang der SPD-AG 60plus wieder im Kursaal Stuttgart-Bad Cannstatt statt. Die AG 60plus im SPD-Kreisverband Ortenau war mit dem Vorsitzenden Christoph Unterhaslberger und seiner Stellvertreterin Dorothea Hertenstein sowie den Mitgliedern Heide Beuschel und Norbert Knopf vertreten.

Der Landesvorsitzende Rainer Arnold begrüßte die ca. 150 Gäste. Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und ehemalige Bundesministerin Katarina Barley wies in ihrer Rede darauf hin, dass ganz Europa mit großem Interesse die anstehende Bundestagswahl verfolge, und Deutschland damit auch Orientierung und Weichenstellung für die weitere Entwicklung in der Union geben werde, besonders in der Frage der Solidarität zwischen den Staaten, der sozialen Gerechtigkeit mit geschützten Arbeitsverhältnissen und unserer liberalen und toleranten Werteordnung. Mit der Wahl in Deutschland werde ein wichtiges Zeichen gesetzt. Die Wahl in Deutschland habe auch Einfluss darauf, inwieweit sich die Mehrheit der Länder und Bürger der EU entschieden gegen rechte Populisten und autokratische Regierungschefs stellen. Besonders kritisch setzte sich die Europaabgeordnete mit dem offensichtlich immer weiter betriebenen Abbau der Demokratie und der Verletzung der gemeinsamen Werte in Ungarn unter Orban auseinander. Die Zuhörer spürten deutlich, dass Europa für die Rednerin ein Herzensanliegen ist. „Ohne Europa wären Freiheit, Sicherheit und Wohlstand nicht möglich und wir dürfen nicht zulassen, dass dies alles bedroht wird“ .

V. l.: Rainer Arnold (AG 60plus-Landesvorsitzender), Dorothea Hertenstein (Lahr), Christoph Unterhaslberger (Renchen), Katarina Barley (Vizepräsidentin des Europaparlaments) und Heide Beuschel.
Im Vordergrund: Norbert Knopf (Achern)

Katarina Barley kritisierte auch die Aussagen des CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, die SPD wäre in der Geschichte der Bundesrepublik bei wichtigen Entscheidungen stets auf der falschen Seite gestanden - für Barley ein völlig unanständiger Wahlkampfstil. „Wir Sozialdemokraten brauchen uns vor dem Hintergrund unserer Geschichte, mit der Standhaftigkeit gegenüber den Nazis, mit der Politik der Versöhnung von Willy Brandt nicht einen solchen Unsinn von Parteien anhören, die nach der Wende wie selbstverständlich die Mitglieder und das Vermögen der Blockparteien der DDR aufgenommen haben.“ Die Rednerin erinnerte auch daran, dass die Fortschritte in Deutschland zumeist von der SPD gegen den Widerstand der CDU und FDP durchgesetzt werden mussten und nannte die Grundrente, den Mindestlohn oder eine zeitgemäße Familienpolitik.

Wer viel in Europa unterwegs ist, stelle fest, dass kein Land trotz allen Schwierigkeiten so gut durch die Corona-Pandemie gekommen sei wie Deutschland, was besonders im Bereich der Wirtschaft auch der Verdienst von Olaf Scholz sei. Die Pandemie habe auch deutlich gezeigt, dass der Markt eben nicht alles regle, dies gelte besonders im Bereich des Gesundheitswesens, der Digitalisierung und der Energiewende. Deshalb wirbt Barley für einen leistungsfähigen Staat mit soliden Finanzen und für eine Stärkung der Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen statt einer Entlastung der Spitzenverdiener, wie es CDU und FDP planen.
Barley motivierte zum Schluss die Zuhörerinnen und Zuhörer, bis zum Wahltag engagiert für einen Wahlsieg der SPD mit Olaf Scholz zu werben, denn es sei höchste Zeit, dass die Union in der Opposition landet.

Landeskonferenz der AG 60plus

„Ein Staat, der sich kümmert und sich einmischt, wenn es nötig ist, der für seine Menschen handeln kann und handeln will“, diese Vorstellungen vertrat der SPD Landesvorsitzende Andreas Stoch auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD AG 60 plus in Renningen. Weiter führte er aus, „was wäre geschehen mit diesem Land, wenn wir alles dem Markt überlassen hätten“, und nannte die Gastwirte, den Einzelhändler, die Friseure und Kulturschaffenden. Auch das Kurzarbeitergeld, welches hunderttausende Arbeitsplätze sicherte und die finanziellen Hilfen, die „Olaf Scholz möglich gemacht hat, weil er das Verantwortungsbewusstsein und den Mut hat, auf eine gewaltige Krise auch mit gewaltiger Hilfe zu antworten“.

Weiter führte Andras Stoch aus: “Gerade wir in Baden-Württemberg haben noch mehr gelernt in dieser Pandemie. Wir haben den Unterschied gelernt zwischen den Wollern und Machern. Zwischen denen, die Ziele nur formulieren und denen, die Ziele erreichen“. Andreas Stoch sprach dann über die Schulen, Luftfilter und den Klimaschutz der vergangenen zehn Jahre in Baden-Württemberg.

Die Ortenauer Delegierten Dorothea Hertenstein, Norbert Knopf (vorne) und Christoph Unterhaslberger mit dem Fraktions- und Landesvorsitzenden Andreas Stoch (M.).

Nach einer Videobotschaft der SPD-Bundesvorsitzenden Saskia Esken wurde der bisherige AG 60 plus Landesvorsitzende Rainer Arnold mit 99% der Stimmen der Delegierten aus Baden-Württemberg wieder gewählt. Stellvertreter sind Ute May (Kreisverband Böblingen) und Bernd Sevecke (Kreisverband Lörrach). Zu Beisitzern wurden gewählt: Sieghart Brenner (Heilbronn-Land), Marga Elser (Ostalb), Roland Helber (Calw), Hans-Georg Kerler (Stuttgart), Renate Knauss (Karlsruhe-Land), Hans Lambacher (Freudenstadt), Rose Riedl (Esslingen), Siglinde Roman (Bodensee), Beate Schweinsberg-Klenk (Esslingen), Norbert Theobald (Rhein-Neckar), Christoph Unterhaslberger (Ortenau) und Roland Zebli (Enzkreis).

Rainer Arnold ging in seiner Abschlussrede noch auf die Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 48% und der Garantie des Rentenbeitrages der jüngeren Generation bei nicht mehr als 20%, den Corona-Maßnahmen sowie die Zusammenarbeit der AG 60 plus mit den Jusos ein.

Aus den Ortsvereinen

Richard Groß bleibt Vorsitzender der SPD Offenburg

Mit den Stimmen aller Anwesenden bei der Jahreshauptversammlung des OV Offenburg wurden Richard Groß als Vorsitzender sowie Jule Letsche und Birgit Seitz als Stellvertreterin bestätigt. Neu gewählt wurden die sechs Beisitzer und die Kreisdelegierten; Kassierer und Schriftführerin wurden bestätigt, neu ist der Pressereferent.

Richard Groß referierte über die vergangene Amtszeit von Juli 2019 bis 2021; einige Projekte konnten coronabedingt nicht mehr diskutiert und umgesetzt werden, die Parteiarbeit als solche wurde ab März 2020 ebenfalls „ausgebremst“, wie Groß bedauerte. Als einziges Projekt habe man das Thema „Verkehr“ öffentlich diskutieren können, ein Thema, das ein positives Presseecho gefunden habe.

(Vordere Reihe v. l): Sven Hartung. Günter Schulz, Peter Schäfer, Sebastian Henties, Jutta Hagedorn und Birgit Seitz. (Hintere Reihe v. l): Marion Selent, Matthias Katsch, Richard Groß, Peter Krause und Julia Letsche.

Ehrungen bei der SPD Rheinau

Foto v. l.: Manfred Kreß (langjährige Mitarbeit im Vorstand). Willi Blum (65-jährige Mitgliedschaft), Vorsitzender Helmut Lind, Hans Zittel (50 Jahre), Bundestagskandidat und Kreisvorsitzender Matthias Katsch.

Neuwahlen bei der SPD Gengenbach

1. Vorsitzende: Andrea Ahlemeyer-Stubbe
Stellvertreter: Christian Rautenberg und Martine De Coeyer
Schriftführer: Thomas Guckes
Kassiererin: Beate Beck
Beisitzer: Heike Kaminski, Richard Weith, Bastian Pütschler und Julia Rautenberg
Kassenprüfer: Ruthard Berger und Karl-Heinz Zapf
Kreisdelegierte: Andrea Ahlemeyer-Stubbe, Christian Rautenberg, Martine De Coeyer und Thomas Guckes.

200.000 € vom Bund für den Obertorturm in Gengenbach

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner überbrachte die gute Nachricht: Für die notwendige Sanierung des Obertorturms, ein Gengenbacher Wahrzeichen, erhält die Kinzigstadt einen Kostenzuschuss vom Bund in Höhe von 200.000 Euro.

Die Förderung erfolgt im Rahmen des bundesweiten Sonderprogramms für Denkmalschutz. Zuvor hatten die SPD-Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat, Andrea Ahlemeyer-Stubbe, und Bürgermeister Thorsten Erny den Bundestagsabgeordneten während eines Ortstermins über die Dringlichkeit der Sanierung informiert. Fechner sagte bei der Überbringung der guten Nachricht: „Die vielen Gespräche haben sich gelohnt. Die Dringlichkeit der Sanierung konnte ich allein schon durch ein Bild des Obertorturms mit den Stützgurten gut nachweisen. Das hat meine Kollegen im Haushaltsausschuss beeindruckt." In den letzten Monaten hatte der Untergrund des Obertierturms nachgegeben, so dass der Turm sich leicht zur Seite neigte und im Mauerwerk bedrohliche Risse entstanden.

(V. l.): Dr. Johannes Fechner, Bürgermeister Thorsten Erny und Andrea Ahlemeyer-Stubbe.

Am 26. September wählen gehen!

Der Roter Ortenauer

Jetzt auch als Online-Magazin unter

www.roter-ortenauer.de

E-Mail:

zeitschrift@spd-ortenau.de

Satire von Jo Specht

Deutscher Wahlausweis gefordert

Ein Ausweis soll die Teilnahme an der Bundestagswahl am 26. September 2021 deutlich in die Höhe schrauben.

„Impf-Wahlausweis“, so nennen die Mitglieder der im Aufbau befindlichen Offenburger Organisation „Pro Wahlbeteiligung“ den Ausweis oder die App, die im ganzen Bundesgebiet Arbeitgeber, Vereinsverantwortliche und Behörden künftig von ihren Beschäftigten einfordern sollen. Gemeint ist der Nachweis, an politischen Wahlen teilgenommen zu haben, an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen. Er soll relevant sein für anstehende Entscheidungen wie die

Neubesetzung einer Arbeitsstelle, eine Beförderung, die Eignung für ein Ehrenamt, die Übernahme eines Projekts, die Leitung eines Teams, die Planung für Personalentwicklung und Karriere. Die Macher sind sich sicher, dass mit dem Nachweis die Beteiligung an politischen Wahlen insgesamt in die Höhe geschraubt wird, somit deutlich mehr Bundesdeutsche ihr Wahlrecht am 26. September 2021 wahrnehmen werden.

Die breite Akzeptanz in der Wirtschaft und Gesellschaft sowie bei den Wahlberechtigten wollen die Organisationsmitglieder durch intensive Werbung, Public Relations, Pressearbeit, durch virale Marketingkampagnen und kurzweilige Appelle, in Form von Videoclips, an das staatsmännische Bewusstsein oder an die Vaterlandsliebe erreichen. Abgeleitet ist die Idee vom Impfpass beziehungsweise von der Impf-App, jeweils aufgrund der Corona-Pandemie entstanden. Mit dem Wahlausweis soll keine komplizierte Bürokratie aufgebaut werden. Die Vorstellung: Wahlhelfer bescheinigen den Wahlberechtigten nach Stimmabgabe die Wahlteilnahme. Die Alternative, die auch für Briefwähler gilt, sieht den Eintrag in den Ausweis im zuständigen Rathaus oder mittels einer App-Aktualisierung vor.

Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. September 2021
Redaktion „Der Rote Ortenauer“:
Martine De Coeyer, Dr. Jutta Hagedorn, Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin, Helga Pfahler und Gerd Zimmermann
E-Mail: **zeitschrift@spd-ortenau.de**
Internet: **www.spd-ortenau.de**
www.roter-ortenauer.de
Facebook: **www.facebook.com/spdortenau**
www.facebook.com/der-rote-ortenauer

Copyright © 2021 SPD Ortenau

Bildnachweise

Seite 1: SPD.DE
Seite 2: Andreas Heideker, Derya Türk-Nachbaur, Dr. Johannes Fechner
Seite 3: Andreas Heideker
Seite 4: Matthias Katsch
Seite 5: Tanja Jansen
Seite 6: Wolfgang Achnitz
Seite 7: Wolfgang Achnitz
Seite 8: Dr. Kai-Achim Klare
Seite 9: Richard Weith
Seite 10: Wolfgang Achnitz
Seite 11: Andreas Heideker
Seite 12: SPD AG 60plus
Seite 13: SPD AG 60plus
Seite 14: SPD Offenburg, Josef Budai, Martine De Coeyer
Seite 15: Martine De Coeyer, Gerd Zimmermann
Seite 16: Gerd Zimmermann